

Er erscheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 Mk., fürs  
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

# Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro  
3gespaltene Petitzeile.  
Bei Wiederholungen entsprechen-  
der Rabatt.

# und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Lederverwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 9 .: 30. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüdern-  
straße 106 .: Telephon: Amt Morichplatz, 2120

Berlin, den 3. März 1916

**Inhalt.** Beitragsleistung. — Lohnerhöhungen sind eine sittliche und nationale Pflicht. — Die Regelung der Vieh- und Fleischpreise. I. — Unser Verband am Schlusse des 4. Vierteljahres 1915. — Bericht der Zentraltarifkommission für das Lederverarbeitungs-gewerbe. — Korrespondenzen. — Mundschau. — Briefkasten. — Berichtigung. — Bestimmung des Zentralvorstandes. — Adressenänderungen. — Anzeigen.

**Für die Woche vom 5. bis 11. März 1916 ist der 10. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.**

## Lohnerhöhungen sind eine sittliche und nationale Pflicht!

Nachdem wir in unserem vormöchigen Artikel die zu gewährende Feuerungszulage für die Arbeiterschaft der Lederwaren- und Fejerartikelbranche vom Standpunkte des Durchhaltens der Arbeiter eingehend begründet haben, dürfte es sich auch verlohnen, die Frage vom Gesichtspunkte der Industrie zu beleuchten.

Wenn volkswirtschaftlich betrachtet, kann eine Industrie eines Landes nur dann mit dem Auslande in erfolgreichem Wettbewerb treten, wenn die soziale Lage der darin tätigen Arbeiter günstig gestaltet ist. Eine Industrie, die mit niedrigen Löhnen kalkuliert, kann wohl einem einzelnen Unternehmer zeitweilig einen höheren Profit bringen, der Gesamtindustrie gereicht dieser Umstand nie zum Segen, denn der Arbeitslohn ist nicht bloß ein Teil der Produktionskosten, sondern auch in vorwiegendem Maße ist er das Einkommen der Arbeiter, der Verkaufspreis ihrer Ware Arbeitskraft. Steht diese Ware nun niedrig im Kurswert, reicht das Einkommen nicht aus, um neben der Bestreitung des notdürftigen Lebensunterhalts noch so viel erübrigen zu können, um einigermaßen an den Fortschritten der Kultur teilzunehmen, dann haben die Arbeiter wenig oder gar kein Interesse an der Erhaltung und Neubelebung eines Gewerbebezuges, bei dem ihnen vieles verjagt bleibt. Sie wenden sich einem besserentlohnten Berufe zu oder wandern ab. Was das für die Lederindustrie zu bedeuten hat, weiß jeder Kenner der Branche zu ermessen.

Der scharfe Wettkampf erfordert fortwährend eine Neumusterung. Je geschmackvoller die Material- und Farbzusammenstellung, wie auch die Fassonierung der einzelnen Artikel wirkt, desto größere Aussicht ist vorhanden, die Kauflust beim Publikum zu erwecken. Wenn die deutsche Lederwarenindustrie durch Beachtung dieses Grundsatzes sich bisher den Weltmarkt erobert hat, so ist das nicht in letzter Linie dem geschulten und in Geschmacksrichtung erzogenen Arbeiterstamm zu danken.

Die neuen Muster der Lederwarenerzeugung sind meistens ein Produkt gegenseitigen Gedanken-austauschs beimammen beschäftigter Arbeiter und nicht, wie es immer heißt, nur dem

Genie irgendeines Fabrikanten zuzuschreiben. Es liegt also vornehmlich im Interesse der Industrie wie auch der Fabrikanten, wenn sie Betriebswerkstätten unterhalten. Unternehmer, die auf Kosten anderer sich auf das Kopieren beschränken und vermittels der billigeren Heimarbeit Schmutzkonkurrenz treiben, sind ein Krebs-schaden am Gesamtgewerbe, deren Bejeitigung jeder Freund reeller Geschäftsgebarung begrüßen müßte. Wenn unser Verband die Einschränkung der Heimarbeit und des Zwischenmeisterstems auf sein Programm gestellt hat, so leitete ihn dabei nicht allein die elende Lage der Heimarbeiter und der Hilfskräfte der Zwischenmeister, sondern auch der Wille, eine aufblühende Industrie in jeder Weise wettbewerbsfähig zu erhalten.

Wer die Organisationsgeschichte der Lederwarenarbeiter nur einigermaßen kennt, weiß zur Genüge, daß dieser Gedanke nicht aus den Lehren des Krieges entnommen ist. Als vor jetzt fünfzehn Jahren der Gewerkschaftsgedanke unter den heimarbeitenden Portefeuillern sich in die Tat umsetzte, da glaubte der damalige Syndikus der Offenbacher Handelskammer alle Mühen springen lassen zu müssen, um die junge Organisation zu vernichten. Doch als dieser Herr später mit dem Wesen der Gewerkschaft vertrauter wurde, hat er sich nicht nur damit abgefunden, sondern nach eigener Befundung gerne mit ihren Vertretern verhandelt. Aber nicht alle Lederwarenfabrikanten haben um- bzw. zugeleert. Viele von ihnen gehen in der Gewerkschaft den bösen Geist, der von den Heimarbeitern ferngehalten werden muß. Sie wissen, sobald die Heimarbeiter die Organisationspflicht erkannt haben, ist die schöne Zeit des Preisunterbietens vorbei.

Wenn die Erfolge der friedlichen Lohnbewegungen in der Lederwarenindustrie nicht allen Arbeitern und Arbeiterinnen zuteil geworden sind, so trägt die Ausnutzung des Heimarbeitersystems durch die Fabrikanten die Hauptschuld daran. Es ist daher selbstverständlich, daß arbeiterteils nichts unverjagt gelassen wird, Sicherungen zu schaffen, die sowohl die Fabrikanten mit Werkstattribetrieben, als auch diejenigen, die nur in der Heimindustrie arbeiten lassen, gleichmäßig treffen. Ohne irgendwelche rechtsverbindliche Verpflichtungen in diesem Sinne wird eine Siphonsarbeit geleistet, unter der Arbeiter, ehrliche Fabrikanten und die Gesamtindustrie leiden. Was nützt es dem tarif-treuen Unternehmer, wenn sein Kollege oder Konkurrent mit Schwung seinen Namen unter den Tarifvertrag setzt, aber den Verpflichtungen nicht nachkommt, weil seine Fabrikation in der Hauptsache auf der Heimindustrie beruht? Es sind nicht höhere Ideale, die ein Beharren an dem veralteten, überlebten Produktionsprozeß veranlassen, sondern nur die Sucht, Mehrprofit auf jede nur mögliche Weise herauszuholen, geschähe es auch auf Kosten der Heimarbeiter und der Industrie.

Eine andere Frage allerdings ist, ob es sich mit dem so viel gerühmten Patriotismus der Herren Lederwarenfabrikanten auf die Dauer vereinbaren läßt, alles nur vom Krämerstandpunkt zu beleuchten und aufzufassen oder ob es nicht besser sei, mit dem Beginn eines neuen Zeitabschnittes der Weltgeschichte veraltete und volks-schädliche Anschauungen zu Grabe zu tragen.

Trotdem überflüssig, schadet es gar nichts, wenn wir unseren Fabrikanten auch bei dieser Gelegenheit ins Gedächtnis rufen, daß England als Hauptabnehmer deutscher Lederwaren vornehmlich in den Krieg gegangen ist, um Deutschlands Industrie zu vernichten. Schon jetzt sind englische Handelskreise daran, ihre Regierung zu beeinflussen, mit den Ententeländern Zollvereinbarungen zu treffen, wonach Deutschland aus der Reihe der Exportländer für Fertigfabrikate ausgeschaltet werden soll. Diesem Beginnen erfolgreich entgegenzuwirken, wird den deutschen Industriellen nur mit Hilfe der Arbeiterschaft möglich sein. Darum sind auch die Lederwarenfabrikanten auf die Arbeiterschaft als Hersteller der Waren angewiesen, sie müssen sich vom Standpunkte des Selbsterhaltungstriebes und des weiteren Gedeihens der Lederwarenindustrie bei der Gestaltung der zukünftigen Handelsverträge mit den Arbeitern verständigen, um hier gemeinschaftlich auf die Regierung einwirken zu können.

Wie selten eine andere ist die Industrie feiner Lederwaren auf einen tüchtigen, durchgebildeten Arbeiterstamm angewiesen. Diesen kann man sich aber nicht erhalten, wenn man die Parole des Durchhaltens nur den Arbeitern empfiehlt, selbst aber so wenig wie möglich Opfer bringen möchte. Dabei kann von einem Opfer durch Erhöhung der Löhne gar nicht gesprochen werden, sobald sie allgemein ein- und durchgeführt wird. So gut ausnahmslos alle Fabrikanten die Materialien teurer bezahlen und um diesen Teil ihre Ware verteuern müßten, ebenso kann es bei der Erhöhung der Arbeitslöhne ohne Schädigung des Profits geschehen. Die Lederwarenindustrie Deutschlands in ihrem vor dem Kriege innegehabten Umfange ist auf den Außenhandel angewiesen. Bis jetzt war es dem Hauptabnehmer bzw. Zwischenhändler England nicht möglich, auch nur entfernt auf dem Weltmarkt in Wettbewerb zu treten, aus Gründen, die wir schon des öfteren klargestellt haben. Aber der immerwährend anhaltende Versuch englischer Unternehmer, Bügel und sonstige Metallbeschläge für Lederwaren und Taschen auf Umwegen, über Holland und Dänemark, aus Deutschland zu beziehen, muß unseren Fabrikanten zu denken geben. Desgleichen die rapid zunehmende Ausfuhr feiner Lederwaren Amerikas. Unsere Unternehmer haben die im volkswirtschaftlichen Interesse gelegene Pflicht, eine blühende Industrie Deutschlands zu erhalten. Dazu gehört auch eine Sicherstellung der darin tätigen Arbeiterschaft. Wird diese Frage nur nebenher behandelt, große Gesichtspunkte

auser Acht gelassen, so ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß das Ausland sich dieser Industrie ganz und gar bemächtigt. England hat vermittels seiner Meistbegünstigungsverträge es verstanden, seinen Kolonien deutsche Lederwaren als englische Produkte, mit reichlichem Gewinn, zu verkaufen. Aller Voraussicht nach werden auch nach dem Kriege die Handelsverträge mit den von England meistbegünstigten Ländern nicht besser werden. Die direkten Lieferungen nach Kanada, Südafrika, Australien usw. werden für Deutschland durch englische Konkurrenz in Verbindung mit dem Meistbegünstigungssystem immer schwieriger. England wird das Bestreben haben, unter weitgehendsten Versprechungen, anstatt Lederwaren Lederwarenarbeiter einzuführen. Wer hat die Macht, die Arbeiter zurückzubalzen, wenn ihnen anderswo bessere Lebensbedingungen geboten sind? Weil wir auf dem Standpunkt stehen, jede gutfindende Familie stellt ein Stück nationales Volkseigentum dar, sind wir Gegner jeder Abwanderung, wünschen vielmehr, daß es jedem in seinem Vaterlande so wohl geht, daß ihn niemals nach den Fleischhöfen des Auslandes gelüftet. Dies ist die Stelle, wo die Lederwarenfabrikanten auch in volkswirtschaftlicher Hinsicht einhalten müssen. Schlägen sie unsere Warnungen und Ermahnungen in den Wind, suchen sie nicht alles aufzubieten, den hier angedeuteten Gefahren vorzubeugen, so haben sie ein für allemal das Recht verwirkt, sich als deutsche Patrioten zu gerieren.

Trotz aller Gegenjählichkeit zwischen Kapital und Arbeit, die in den heutigen Wirtschaftsverhältnissen ihre Begründung findet, haben die Arbeiter mit den Unternehmern doch das gemeinsame Interesse, den Wettbewerb einer Industrie erfolgreich zu gestalten, die ihnen die Quelle ihrer Lebenshaltung ist. Soffentlich sind sich die Lederwarenfabrikanten dieses Grundgesetzes auch dann bewußt, wenn es gilt, die Arbeiterschaft vor Verelendung zu schützen und sie zu bewahren, daß sie unter der Last des Krieges und der Teuerung zusammenbrechen.

So durchschlagend die Beweisgründe für die Notwendigkeit einer baldigen Lohnerhöhung für die Arbeiterschaft der Lederwarenindustrie auch sind und die Möglichkeit, sie zu gewähren, gegeben ist, zweifeln wir nicht daran, daß die Herren Lederwarenfabrikanten allerhand Einwendungen dagegen erheben werden. Wir sind nachgerade daran gewöhnt, schöne Worte zu hören, denen die Taten nicht immer in erforderlichem Maße folgen. Die Schuldfrage hier aufzuwerfen, heißt auch unseren Kollegen ins Gewissen reden und sie immer wieder und wieder auf ihre Pflichten aufmerksam machen. Die beste Beweisführung ist und bleibt eine fräftige Gewerkschaft, gestärkt durch den einheitlichen Willen aller Berufsgenossen. Dieser Wille wird sich auch bei der diesmaligen Bewegung geltend machen müssen. In allen in Betracht kommenden Orten sind die Vorarbeiten dazu in bestem Fluß. Sorge jeder Kollege und jede Kollegin durch fräftige Mitarbeit für einen guten Ausgang, um so einen weiteren Schritt zur Bessergestaltung der Lebenshaltung aller in der Lederwaren- und Reiseartikelbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen vorwärts zu kommen.

### Die Regelung der Vieh- und Fleischpreise.

Von R. Schmidt, M. d. R.

#### I.

IK. In der Nahrungsmittelversorgung haben uns die Verhältnisse auf dem Schlachtviehmarkt vor recht schwierige Aufgaben gestellt, denn unsere Fleischversorgung gibt zu vielen Klagen und Beschwerden Anlaß. Im vorigen Jahre waren die Preise für Vieh in schnellem Tempo in die Höhe gegangen. Berücksichtigt man die Preisnotierungen im Berliner Schlachtviehmarkt, so ergibt sich, wenn man die Durchschnittspreise für die Monate Januar, Juni und Dezember 1915 in Vergleich stellt, folgende Aufwärtsbewegung der Preise (nach den amtlichen Berichten):

Schlachtviehpreise pro Zentner Lebendgewicht in Mark:				
Im Monat	für Ochsen	Kälber	Schafe	Schweine
Januar 1915	50,—	59,88	49,90	63,78
Juni 1915	64,63	81,—	59,12	118,39
Dezember 1915	76,60	102,81	67,80	100,—

Eine Gegenüberstellung der Januarpreise mit dem Vorjahre ergibt folgendes:

Im Monat	für Ochsen	Kälber	Schafe	Schweine
Januar 1914	48,—	65,50	44,—	51,—
" 1915	50,—	59,88	49,50	63,78
" 1916	76,63	114,88	83,—	100,—

Für die Preisbewegung sind die Notierungen für mittlere Qualitäten ausgewählt. Bei den Preisen für Schweine zeigt sich die Wirkung der Höchstpreise; denn der Preis stieg im Oktober 1915 bereits auf 138,61 Mk., um dann bei der Festsetzung der Höchstpreise im November auf 100 Mk. zu sinken.

Die Wirkung der Höchstpreise für Schweine war zunächst, daß der Auftrieb auf dem Schlachtviehmarkt erheblich zurückging. Die Erscheinung wäre nicht überraschend gewesen, man mußte mit diesem Rückgang rechnen, da kurz vor der Verordnung der Auftrieb aufwärts ging, der Landwirt zu den hohen Preisen noch Vieh an den Markt bringen wollte. Es zeigte sich hier, wie bei vielen anderen Verordnungen, daß die Interessenten wohl unterrichtet waren darüber, welche Nachteile oder Vorteile die Verordnungen ihnen bringen können. Wenn man den Auftrieb für Schweine vom August 1915 auf dem Berliner Schlachtviehmarkt in Vergleich stellt, so ergibt sich folgende Gegenüberstellung:

Der Auftrieb betrug in Stück:

August	51 040
September	70 762
Oktober	85 376
November	55 237
Dezember	53 910
Januar 1916	40 899

Die Wirkung der Verordnung — auf anderen Viehmarktarten wurde die gleiche Beobachtung gemacht — ist aus diesen Zahlen klar ersichtlich. In Interessentenzirkeln, sowohl in der Landwirtschaft wie beim Viehhandel und Fleischnegewerbe ist man sehr schnell mit der Erklärung zur Hand gewesen, daß die Höchstpreise eine sehr verfehlte Maßnahme seien, da sie nur dazu beigetragen haben, den Markt zu entblößen. Diese Behauptung ist in ihrer Allgemeinheit nicht richtig. Es tritt nur wieder die gleiche Erscheinung zu Tage, die wir bei den Höchstpreisfestsetzungen sehr oft finden: die Interessentenzirkel verstehen es, sich durch alle möglichen Manipulationen den Anordnungen solcher Höchstpreisfestsetzungen zu entziehen.

Zunächst wurden zahlreiche Verkäufe von Vieh abgeschlossen unter Umgehung des Schlachtviehmarktes. Besonders die Konervenfabriken kauften große Bestände freihändig auf, denn sie waren durch die Bundesratsverordnung an die festgesetzten Höchstpreise nicht gebunden. Es kamen also viel mehr Schweine zum Verkauf, als durch den Marktbericht angegeben wird. Allerdings eine Wirkung hatte die Verordnung zu ungunsten der Konsumenten, nämlich die, daß von dem geschlachteten Vieh nur geringe Quantitäten Fleisch im frischen Zustande feilgeboten wurden. Die Höchstpreise, die für Schweinefleisch im Kleinhandel festgesetzt wurden, waren den Fleischern zu niedrig, und so wanderte viel in die Wurst- und Konervenfabrikation. Dazu kam, daß durch eine neue Bundesratsverordnung für ausländisches Schweinefleisch Höchstpreise nicht in Ansatz gebracht wurden. Sehr bald erhielt die Bevölkerung überhaupt nur noch ausländisches Fleisch, das zum Preise von 2,60 Mk. bis 3,40 Mk. pro Pfund in den Handel kam. Die Kontrolle darüber, ob nicht das inländische Fleisch durch den Handel zu ausländischem Fleisch umgewandelt wurde, ist nicht streng gehandhabt.

Auf diese Unzuträglichkeiten ist schon in der Budgetkommission des Reichstages von verschiedenen Seiten, insbesondere auch von den Vertretern der sozialdemokratischen Partei, hingewiesen worden. Wir verlangten vor allem Festsetzung von Höchstpreisen für den Verkauf des Viehes beim Landwirt, nicht wie es in der Bundesratsverordnung heißt, vom Schlachtviehmarkt. Zu gleicher Zeit forderten wir eine Einschränkung der Konervenfabrikation mit der Ausnahme, daß nur für den Heeresbedarf die Anfertigung von Konerven erlaubt sei. Ferner eine Einschränkung der Wurstfabrikation. Der Verkauf ausländischen Fleisches sollte nur in besonderen Verkaufsstellen stattfinden oder von der Gemeinde betrieben werden, um eine bessere Kontrolle herbeizuführen. Für den Viehhandel empfahlen wir die Einführung von sogenannten Schlussscheinen. Damit sollte bei dem Verkauf, sowohl beim Landwirt wie auf dem Schlachtviehmarkt, eine schriftliche Notierung erfolgen, zu welchem Preise das Vieh vom Landwirt erworben und auf dem Schlachtviehmarkt verkauft wurde. Leider ließ die Regierung die ganz offensichtlich Mängel in ihrer Verordnung während rund 3 Monaten ruhig weiter bestehen, um dann endlich eine der geforderten Maßnahmen durchzuführen. Seit dem 4. Februar ist die Fabrikation der Konerven eingeschränkt. Reichlich spät, denn die Bevölkerung wird bei dem Fleischmangel nachher die teuren Fabrikate der Konervenfabriken aufkaufen müssen. Durch eine Bundesratsverordnung vom 14. Februar ist nunmehr bestimmt, daß die Höchstpreise für Vieh für die Angabe beim Landwirt gelten.

Dabei ist leider eine Preiserhöhung eingetreten, denn es sind die Höchstpreise, die bisher für den Schlachtviehmarkt galten, als Preise des Landwirts gesetzt worden. Durch eine Verschiebung in der Gewichtsgrenze und durch eine neue Bezirksenteilung sind fernerhin Verschiebungen in der Preisfestsetzung vorgekommen. Die weitere Regelung der Preise für den Schlachtviehmarkt wird durch die Landeszentralbehörde vorgenommen, und die Fleischpreise sollen von den Gemeinden festgesetzt werden. Der Mangel dieser neuen Verordnung ist zunächst der, daß die bisherige Höchstgrenze für Preise für den Kleinhandel aufgehoben ist, und daß die Gemeindeverwaltung nach freiem Ermessen die Preisbestimmung vornehmen kann.

### Unser Verband am Schlusse des 4. Vierteljahres 1915.

In Nr. 7 unserer Zeitung haben wir bei der Veröffentlichung der achten Kriegstatistik ein weiteres Sinken der Mitgliederzahl unseres Verbandes festgestellt. Da der Stichtag der Erhebungen nicht immer mit dem Tage der örtlichen Kassenfeststellung zusammentrifft, gehen auch die Angaben ein wenig auseinander. Nach der uns vorliegenden Abrechnung zählte der Verband am Schlusse des Jahres 1915 9087 männliche und 1536 weibliche Mitglieder, das sind 133 männliche Mitglieder mehr und 17 weibliche Mitglieder weniger, als wie in der letztveröffentlichten Kriegstatistik angegeben. Die Zahl der Neuaufnahmen ist im Laufe des letzten Vierteljahres wieder hinter der des Vorquartals zurückgeblieben, beträgt aber immerhin noch 1022, während der Abgang sich auf 3245, darunter 1255 zum Heeresdienst abgemeldet, beläuft. An Eintrittsgeldern und ordentlichen Wochenbeiträgen wurden 59 690,15 Mk., an Monatsbeiträgen 11 326,25 Mk. vereinnahmt. Die Einnahmen aus lokalen Extrabeiträgen gingen auf 13 308,15 Mk. zurück. Für Unterstützungen wurden insgesamt 53 287,86 Mk. verausgabt, und zwar:

	Zentralkasse	Localkasse
Reiseunterstützung	79,—	12,70
Arbeitslosenunterstützung	3 668,50	2 381,75
Krankenunterstützung	2 918,—	396,15
Maßregelungsunterstützung	15,16	12,—
Beerdigungsbeihilfe	800,—	—
Notfallunterstützung	20 125,57	21 026,18
Umszugsunterstützung	190,—	—
Sonstige Unterstüzung	—	1 650,85
Rechtschutz	12,—	—
<b>Summa</b>	<b>27 808,23</b>	<b>25 479,63</b>

### Bericht der Zentraltarifkommission für das Lederausrüstungsgewerbe.

Unter Vorsitz des Herrn Syndikus Oskar Meher tagte am Sonnabend, den 19. Februar d. J., im Dienstgebäude der Handelskammer zu Berlin die Zentraltarifkommission, um über folgende Tagesordnung zu beraten und zu beschließen:

1. Festsetzung von Arbeitslöhnen für das neue Brustblattgeschirr für Train.
  2. Festsetzung eines Zuschlages für Nr. 82 des Reichstaxif für neuangordnete Mehrarbeiten.
  3. Festsetzung von Mindeststundenlöhnen für Handnäherinnen auf Sattlerarbeit (Nadel und Nhl).
  4. Festsetzung des Arbeitslohnes für die Tragevorrichtung (veränderte) für große Mauerpistolen.
- Anwesend sind:
1. als Obmann der Kommission Herr Syndikus Meher;
  2. als Mitglieder der Kommission die Herren: Bachhaus, Busse und Mühlenfeld (Arbeitgebermitglieder), Hermann, Nibel und Wöth (Arbeitnehmermitglieder);
  3. vom Verbands der Sattler und Portefeuller Herr Wlum;
  4. als Vertreter des Zentralverbandes christlicher Lederarbeiter Deutschlands in Frankfurt a. M. und des Hirsch-Wunderlichen Gewerkevereins Herr Sturm.

1. Folgende Preise für das neue Brustblattgeschirr für Train festgesetzt:

	Markt
2 Oberblattstöße einschl. pußen und heften	0,45
2 Bauchgurtschuppen	0,16
2 Laufschlaufen an den Stukenläschen	0,20
2 Strangstützen, Maschinennaht, Unterlage mit fassen	0,20
2 Strangstützen, Maschinennaht verstopfen, pußen und Riemennaht	1,25
Brustblatt fertigen	5,34
Unterlage unterm Ring, Belag überm Ring und 2 Endbeläge unterm Stuken, einschl. Ringkappen einnähen, Maschinennaht	0,23
	7,83
	Markt
Bauchgurt	0,25
Umgang, Maschinennaht	0,20
Umgang, 2 Enden à 20 Zentimeter lang mit Hand nähen	0,80



Umgang, 4 Schnallkappen aufnähen . . . . .	0,30
Verbindungsriemen zum Umgang pro Stück . . . . .	0,20
Verbindungsriemen mit Unterlage . . . . .	0,30
Genick- oder Halsriemen . . . . .	1,10
Rückriemen, alles Handnaht . . . . .	0,75
Hinterzug, alles Handnaht . . . . .	0,75
Halsstoppel, alles Handnaht . . . . .	0,70
Halsstoppel, Handnaht bei Maschinennaht . . . . .	0,40
Halsstoppel, Maschinennaht . . . . .	0,07
Halfter, Maschinennaht . . . . .	0,15
Halfter, Handnaht . . . . .	0,65
Halfterriemen, auschl. Knopf nieten . . . . .	0,20
Jaum . . . . .	1,15
Trennzügel . . . . .	0,40
Handbremsen, Reinen und Kriegszuschlag nach Reichs-tarif.	

Die Kommission stellte im Hinblick auf Geschirr- und Stallfäden bei dieser Gelegenheit folgendes fest: Für Maschinennahten sind bei Kraftbetrieb 7 Proz. zu zahlen (vergl. hierzu Beschluß über Kriegszuschlag D. Abf. 2).

2. Der Stücklohn für Pof. 82 des Reichstariifs, Kadetttasche für leichte Kavallerie, wurde, sofern der Artikel „mit oberer äußerer Brustverstärkung“ versehen ist, auf 6,25 Mk. festgesetzt.

3. Der Stücklohn für Tragevorrichtung für Mauser selbstladepistole, Handnaht einschließlich Nachpuß, Blatt, Magazin tasche und Hülse zum Reinigungsgestock, sowie Schuh auf einer Seite, mit Maschine genäht, wurde festgesetzt auf 1 Mk., Maschinennaht auf 0,13 Mk.

Die Nr. 10 des Nachtrages 3 wurde gleichzeitig aufgehoben.

Außerhalb der Tagesordnung wurde eine Anfrage der Nürnberger Schlichtungskommission dahin beantwortet, daß die G. L. K. nur zu solchen Angelegenheiten Stellung nehmen kann, wenn eine Entscheidung der Schlichtungskommission vorliegt und gegen diese ordnungsgemäß Berufung eingelegt ist. Die örtlichen Schlichtungskommissionen können gegen eine Partei Entscheidungen treffen, wenn sie ordnungsmäßig geladen ist, gleichgültig, ob sie der Einladung nachgekommen ist oder nicht. In der Sache selbst wurde der Nürnberger Schlichtungskommission empfohlen, den bestellenden bayerischen Militärbehörden und dem Beschaffungsamt anzuzeigen, daß die Firma Hofmann sich weigert, den Reichstariif anzuerkennen, obgleich die Verbindlichkeit des Reichstariifs auch solchen Firmen gegenüber besteht, die mit ihren Arbeitern Sondervereinbarungen getroffen haben.

Eine zweite Anfrage der Firma Fröhlich in Offen bezüglich der Teilarbeitslöhne für dreiteilige Patronentaschen wurde wie folgt beantwortet:

1. Es sind zu zahlen für	
3 Deckel fertigmachen . . . . .	43½ Pf.
Rückwand belegen . . . . .	13½ "
2 Mittelnähte . . . . .	12½ "
Handnaht einschließlich pußen . . . . .	30½ "
	1,— Mk.

Auf jeden Preis kommen 20 Proz. Kriegszuschlag.

2. Wenn im Schlichtungsverfahren eine Einigung erzielt ist und beide Teile auf weitere Rechtsmittel verzichtet haben, ist die Berufung an die Zentraltarifkommission nicht mehr zulässig, gleichviel, ob der Verzicht auf Rechtsmittel protokolliert ist oder nicht.

Bezüglich Festsetzung von Mindestlöhnen für Arbeiterinnen, die mit Nadel und Nsle nähen, trafen die anwesenden Organisationsvertreter folgende tarifverbindliche Vereinbarung:

Es wurde festgestellt, daß es aus Gesundheitsrücksichten nicht erwünscht ist, daß Mädchen unter 17 Jahren mit Handarbeit mit Nadel und Nsle beschäftigt werden.

Der Mindestzeitlohn für Arbeiterinnen, welche Sattlerarbeiten der bezeichneten Art auf Stundenlohn ausführen, wurde im Einverständnis der vertretenen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen auf 33 Pf. für die Stunde festgesetzt, wozu noch der im § 3 Abf. d vorgezeichnete Ortszuschlag und dazu noch der Kriegszuschlag kommt.

**Korrespondenzen.**

Berlin. In der Jahresgeneralversammlung am 23. Februar in den „Arminhallen“ erstattete Kollege Weher den Bericht vom 4. Vierteljahr 1915, aus dem hervorging, daß die Berliner Mitglieder 12½ Beiträge durchschnittlich geleistet haben. Die Monatsbeiträge sind zu 98 Proz. eingegangen. Für die Hauptkasse sind 37.316,90 Mk. vereinnahmt worden, wovon sie 19.429,48 Mk. in bar erhalten hat. Einschließlich des Kassenbestandes von 118.261,64 Mk. hatte die Lokalkasse eine Einnahme von 121.282,34 Mark, eine Ausgabe von 15.719,05 Mk. Die Berliner Verwaltung vereinnahmte 5866,97 Mk. und verausgabte 1964,83 Mk. Dem Kassierer wurde

debattelos Entlastung erteilt. Zu dem gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht des Jahres 1915 gab Kollege Hauptmann noch einige Erläuterungen. Die Tätigkeit der Verwaltung wurde zum größten Teile von der Ausrüstungsindustrie in Anspruch genommen, waren doch hier zeitweilig mehr als 30.000 Personen beschäftigt. In der Privatindustrie, vornehmlich in der Lederwaren- und Reiseartikelbranche, hatte sich das Geschäft immer noch nicht erholt. Trotzdem um die Mitte des Jahres der Heeresbedarf wesentlich nachließ, war für die Militärartikel immer noch genügend Arbeit vorhanden. Tausende berufsverwandter Kollegen fanden hier noch immer Beschäftigung. Auch die Flugzeugindustrie brachte einen glänzenden Aufschwung der Arbeitsgelegenheit. Ebenso die Plan- und Zeltbranche. Die Schaffung des Reichstariifs und seine Durchführung nahm einen breiten Raum der Berichterstattung ein, über die wir aber hinweggehen, weil unser Organ ausführlich darüber berichtet hat und die Vorgänge noch in jedermanns Erinnerung sind. Eine Bewegung der Arbeiter der Zelt- und Planbranche brachte den Sattlern eine Steigerung des Stundenlohnes von 1,20 auf 1,30 Mk. Der am 1. März abgelaufene Tarifvertrag wurde nicht erneuert, weil die Fabrikanten die Bedingung stellten, daß die Lohnsätze nicht nach den jetzt geltenden Normen für Militärarbeit, sondern nach den bisher für die Privatarbeit üblichen Bestimmungen aufgebaut würden. In der Flugzeugbranche konnte im Monat März die einheitliche Arbeitswoche von 51 Stunden eingeführt und der Mindestlohn für Sattler auf 85 Pf., für Arbeiterinnen auf 40 Pf. pro Stunde festgesetzt werden. Im September forderten die Arbeiter eine Teuerungszulage, was dazu führte, daß am 16. September im Gebäude des Kriegsministeriums, unter Teilnahme mehrerer Herren vom Ministerium, mit den Unternehmern ein Abkommen getroffen wurde, wonach alle Arbeiter, die weniger als einen Stundenverdienst von 1,10 Mk. haben und alle ledigen Männer und Frauen über 20 Jahre alt, eine Teuerungszulage von 5 Pf. pro Stunde, die verheirateten Arbeiter eine solche von 10 Pf. erhalten. In der Wagen- und Autobranche wurde der Tarifvertrag nicht erneuert. Die Bewegung zwecks Erringung einer Teuerungszulage in der Portefeuller- und Reiseartikelbranche hatte nur teilweisen Erfolg. Die Fabrikantenvereinigung lehnte eine allgemeine Zulage ab und wollte eine Bewilligung dem freien Ermessen der Unternehmer überlassen wissen. Erinnert sei noch an die Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft für die Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Sehr abwechslungsvoll gestaltete sich die Mitgliederbewegung. Am 1. Januar 1915 gehörten der Verwaltungsstelle 3711 männliche und 292 weibliche Mitglieder an. Neuaufgenommen wurden im Laufe des Jahres 3939 männliche und 1300 weibliche Mitglieder. Verstorben sind 27, abgereist 219, ausgesreten und ausgeschliffen wurden 5449, zum Militär abgemeldet 1518 Mitglieder. Zugereist sind 440, vom Militär zurückgemeldet 83, von anderen Verbänden übergetreten 8, vom Ausland zugereist 128, von der Jugendabteilung übergetreten 21 und nachgezahlt haben 521 Mitglieder, so daß am Jahresabschluss ein Bestand von 3230, davon 440 weibliche, Mitglieder vorhanden war. Die Verwaltungsstelle Berlin stellte bis zum 31. Dezember 1915 insgesamt 2199 Kriegsteilnehmer. Auf die einzelnen Branchen verteilt, ergibt sich für das Jahr 1915 nachstehendes Bild des Mitgliederbestandes:

Branch e	Mitgliederbestand am 1. Januar 1915	Zum Militär abgemeldet	Mitgliederbestand am 31. Dezbr. 1915
Geschirrbranche . . . . .	432	135	274
Treibriemenbranche . . . . .	133	49	90
Reiseartikelbranche * . . . . .	1489	442	867
* Die vorstehende Branche im einzelnen aufgeführt:			
Galanteriebranche . . . . .	262	36	172
Taschenbranche . . . . .	341	130	202
Kofferbranche . . . . .	209	78	123
Portefeuller . . . . .	677	198	370
Militärbranche . . . . .	1676	790	1774
Einmalemler und Teppichnäher . . . . .	57	25	20
Wagen- u. Flugzeugbranche . . . . .	216	77	205
Summa	4003	1518	3230

Nach dem Bericht des Kollegen Weher wies die Kassengebarung einen günstigen Stand auf, wenn auch die Beitragsleistung eine bessere hätte sein müssen. Die Durchschnittsmitgliederzahl betrug 4646, deren Leistung an ordentlichen Beiträgen 42 bis 43 Mk. hätte sein müssen, aber nur 35,50 Mk.

erreichte. Von den Monatsbeiträgen gingen anstatt 5 Mk. nur 4,50 Mk. pro Mitglied ein. Gemessen an den erzielten Verdiensten hätte die Beitragsleistung besser sein können. Für die Hauptkasse wurden vereinnahmt an Eintrittsgeldern und Ertragsbücher bzw. -karten 2297 Mk., ordentliche Wochenbeiträge 105.796,20 Mk., Monatsbeiträge 20.116,25 Mk., Invalidenbeiträge 17,50 Mk., auf Listen gesammelt 1127,50 Mk. Für jagungsgemäße Unterstützungen wurden 7520,25 Mk. und für Kriegsunterstützung 23.014,75 Mk. verausgabt. In die Hauptkasse konnten 103.357,43 Mk. abgeführt werden. Die Lokalkasse vereinnahmte an ordentlichen Beiträgen 39.288,10 Mk. An Unterstützung wurde gezahlt: Arbeitslosenunterstützung 3456 Mk., Krankenunterstützung 886,50 Mk., an die Familien der im Felde stehenden Mitglieder 21.975 Mk. Das Vermögen erhöhte sich von 92.618,38 Mk. auf 105.563,29 Mk. Die örtliche Verwaltung vereinnahmte 13.706,64 Mk. und verausgabte 9804,50 Mk. Im Arbeitsnachweis waren 1363 Organisierte und 55 Unorganisierte eingeschrieben. Von 1024 verlangten Arbeitskräften wurden 610 vermittelt. Diese verhältnismäßig geringe Frequenz des Arbeitsnachweises ist eine Folge des leichten Auffindens von Arbeitsgelegenheit durch direkte Nachfrage in den Betrieben. Die Vergnügungskommission konnte 1500 Mk. der Ortsverwaltung aus ihren Ueber-schüssen zu Unterstützungszwecken zur Verfügung stellen. Die Neu- bzw. Wiederwahlen zu den Revisions-, Beschwerde- und Vergnügungskommissionen gingen glatt von statten. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende alle Anwesenden, mehr denn je auf dem Posten zu sein, um in diesem Jahre die gewerkschaftlichen Arbeiten erfolgreich weiterführen zu können, insbesondere die Bewegung in der Lederwarenbranche zu einem gedeihlichen Ende zu bringen.

Potsdam. (E. 24. 2.) In der gut besuchten Januarversammlung hielt Kollege Nidel-Berlin ein Referat über: „Unsere Organisation während und nach dem Kriege, unter Berücksichtigung des Reichstariifs“. Redner führte etwa aus: Durch den plötzlichen Ausbruch des Krieges wurden Zustände geschaffen, welche für die Dauer unerträglich werden mußten. Es kam dann zum Abschluß des Reichstariifs, welcher ja eine Gleichheit der Löhne für Militärarbeiten im ganzen Reiche brachte. Auch die Schleuderarbeit kommt erfreulicherweise schon seltener vor als zu Anfang des Krieges. Redner kam dann auf die Autobranche zu sprechen und forderte hauptsächlich die jüngeren Kollegen auf, wenn möglich, Arbeit in der Autobranche anzunehmen, damit nicht zu viele ungelernete Arbeiter in diesen Beruf einbringen und dieser schließlich für uns verloren geht. Zum Schluß ermahnte Redner die Kollegen, nicht den Parteigang in die Organisation zu tragen. Die Einigkeit ist der Lebensnerv der Organisation, damit unsere heimkehrenden Kollegen dieselbe so vorfinden, wie sie sie verlassen haben.

Offenbach a. M. (E. 24. 2.) In der mäßig besuchten Generalversammlung am 21. Februar gab Kollege Krüger die Abrechnung vom 4. Quartal 1915, sowie den gesamten Kassenbericht für das abgelaufene Jahr. Danach wurden in 164 Fällen 1958,50 Mk. an Arbeitslosenunterstützung, 1431,25 Mk. in 69 Fällen an Krankenunterstützung und 810 Mk. in 21 Todesfällen für Verordigungsbeihilfe gezahlt. Für Umzugunterstützung wurden 100 Mk., für Notfallunterstützung 30 Mk. und für Rückschutz 130,35 Mk. aus der Hauptkasse gewährt. In die Bezirkskasse wurden 2328,75 Mk. abgeführt. Außerdem erhielten die Familien unserer Kriegsteilnehmer im Jahre 1915 die Summe von 19.523,50 Mk. an Unterstützung. Von der städtischen Arbeitslosenversicherung erhielten unsere Kollegen und Kolleginnen einen Zuschuß von insgesamt 4781,50 Mk.

An den Kassenbericht schloß sich der Verwaltungsbericht, den Kollege Wurm erstattete. Er streifte u. a. die in der ersten Hälfte des Jahres noch zu verzeichnende Kriegskonjunktur in der Militärbranche, die dann aber stark abflaute, so daß viele neue Betriebe diese Produktion wieder aufgeben mußten. Dahingegen zog die Portefeuller- und Reiseartikelbranche zu dieser Zeit wieder etwas an, wodurch eine größere Arbeitslosigkeit vermieden wurde. In den Anfang des Jahres fiel der Abschluß des Reichstariifs für die Militärausrüstungsbranche, von welchem unsere Kollegen zunächst nicht sehr erbaunt waren. Doch haben sie später die Notwendigkeit mehr und mehr ein und wird dieser Tarif heute allgemein in seinem Werte von den Kollegen anerkannt. Für die Portefeuller- und Reiseartikelbranche wurde mit Wirkung vom 1. Juli des Berichtsjahres eine Teuerungszulage erreicht, welche die allgemeine Teuerung für unsere Kollegen, wenn auch nur in geringem Maße, etwas milderte. Mitgliederversammlungen fanden im Laufe des Berichtsjahres infolge der außerordentlichen Umstände nur wenige statt und ihr Besuch war nicht befriedigend. Demgegenüber zeigte sich ein lebhafteres Interesse an den Betriebs- und Werkstattversammlungen,

deren Ergebnis auch durchweg ein gutes genannt werden kann. Von Einberufungen zum Seeresdienst wurde unsere Verwaltungsstelle ziemlich hart mitgenommen; 1016 unserer Kollegen stehen heute beim Militär, im Kampfe für das Vaterland. Hier von haben bereits 27 Verheiratete und 26 Ledige den Heldentod erlitten. Kollege Wurm schloß mit der dringenden Aufforderung zu reger Mitarbeit der Kollegen, damit wir den in der nächsten Zeit uns bevorstehenden Aufgaben in jeder Weise gerecht werden können.

In der Diskussion beteiligten sich außer den Berichterstattern die Kollegen Wehmel, Nüßl, Merk und Höf. Bemängelt wurde in der Hauptsache die geringe Opferwilligkeit unserer Mitglieder, welche in den Sammlungen zugunsten der Kriegerfamilien zum Ausdruck kam und betont, daß wenn wir auf das Ergebnis der eigenen Sammlungen beschränkt gewesen wären, eine wesentliche Unterstützung überhaupt nicht zur Auszahlung hätte kommen können. Nur dank der Opferwilligkeit der Kollegen aus den übrigen Teilen des Reiches haben wir diese Ehrenpflicht erfüllen und unseren Kriegerfrauen mit der Unterstützung unter die Arme greifen können. Zahlreiche Feldpostbriefe und Karten bringen dafür den Dank unserer Kollegen im Schützengraben zum Ausdruck. Nachdem Kollege Wurm noch dringend die Vertrauensleute ersuchte, ständig auf dem Posten zu sein und besonders dafür Sorge zu tragen, daß die jetzt außerordentlich zahlreich auftretenden weiblichen Berufsangehörigen der Organisation zugeführt werden, wurde die Versammlung geschlossen. Mögen sich alle unsere Kollegen besonders die letztere Mahnung sehr angelegen sein lassen und nach Kräften zur Organisierung der jetzt sogar als Portefeuller tätigen Frauen beitragen, damit uns diese nicht einmal, vielleicht ungewollt, als Lohnrücker hindernd in den Weg treten.

**Rundschau.**

**Die Entlohnung der Kriegsbeschädigten.** Ein beachtenswertes Augenblicksdnial. In der Sitzung des preußischen Landtags vom 18. Februar 1916 hat der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Hue, die auf die Industrie und speziell die auf die Arbeiterverhältnisse bezüglichen kriegswirtschaftlichen Fragen behandelt. Genosse Hue stellte, ohne Widerspruch zu finden, fest, daß nur ein Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen einen etwa den Teuerungsverhältnissen angemessenen Lohn erhält, die weitaus größte Masse aber viel zu geringe Löhne bekommt und darum große Entbehrungen erduldet. Dasselbe gelte für die Masse der unteren privaten und staatlichen Angestellten. Genosse Hue zog auch die Entlohnung der Kriegsbeschädigten in den Kreis seiner Betrachtungen und konstatierte, daß leider Fälle vorlägen, wo den wegen Kriegsbeschädigung in ihrer Arbeitsfähigkeit beeinträchtigten Arbeitern geringere Löhne gezahlt, die Militärenten auf die Löhne angerechnet würden. Das sei ein schlechter Dank für die Landesverteidiger und entschieden zu verurteilen.

Zu dieser Angelegenheit nahm namens der nationalliberalen Fraktion der Abgeordnete Dr. Nöchling das Wort. Herr Dr. Nöchling ist nicht „irgend einer“, sondern Angehöriger einer der einflussreichsten deutschen Unternehmerfamilien. Die Saarbrückener Firma Nöchling u. Comp. ist Besitzer bedeutender Eisen- und Stahlwerke, eng liiert mit der noch bedeutenderen Firma Gebrüder Stumm („König Stumm“). Wenn ein solcher Mann im Parlament das Wort zu einer recht positiven Erklärung, noch dazu augenscheinlich im Einverständnis mit der „Industrie“, nimmt, so ist das sehr beachtenswert.

Herr Dr. Nöchling also erklärte laut amtlichem Stenogramm (Seite 575 ff.) der Landtagsverhandlungen vom 18. Februar 1916 folgendes:

„Meine Herren! Die in sachlichem Tone vorgebrachten Ausführungen des Herrn Kollegen Hue geben mir nur wenig Anlaß, mich mit ihm zu beschäftigen. Herr Kollege Hue hat es gerügt, daß in einigen Industrien die Kriegsbeschädigten bei gleichen Leistungen schlechter bezahlt würden als die gesunden Arbeiter. Es mag sein, daß einige Industrielle ein solches durchaus mißbilligendes Verhalten einschlagen. Aber ich möchte hier betonen, daß die gesamte westliche Industrie ein derartiges Verhalten, die Invalidentenrente, die die Beschädigten erhalten, dazu zu benutzen, sie in ihrem Lohne zu drücken, durchaus verdammt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die rheinisch-westfälische Industrie und die lothringisch-lugemburgische und Saarindustrie stehen vielmehr auf dem Standpunkt, daß den Kriegsbeschä-

digten nach Maßgabe ihrer Leistungen ihr Lohn unverfürgt zuteil werden soll und daß die Rente nicht dazu benützt werden darf, eine Verminderung des verdienten Lohnes herbeizuführen. Sie ist weiter der Ansicht, daß die unbeschädigten Arbeiter verpflichtet sind, den Kriegsbeschädigten nach allen Richtungen hin Hilfe zu leisten, so daß in der Kolonnenarbeit die unbeschädigten Arbeiter diejenigen sind, die die Mängel auszugleichen haben, welche die Beschädigten sich im Dienste für das Vaterland zugezogen haben. Denn es ist ja die Aufgabe aller Gesunden, mit allen Mitteln den Leuten, die ihre Gesundheit für das Vaterland geopfert haben, zu helfen, wo es nur irgendwie geht.“

Dieses Zugeständnis zugunsten der Kriegsbeschädigten — an sich ja eine Selbstverständlichkeit — ist doppelt beachtenswert wegen der Beziehungen des Sprechers zu den bedeutendsten industriellen Unternehmungen. Mit Rücksicht auf die bereits vorgekommenen Lohnverschlechterungen von Kriegsbeschädigten, noch mehr in Anbetracht der zukünftigen Lohnbemessungen für die Kriegsbeschädigten ist es notwendig, die Erklärungen des Herrn Dr. Nöchling nach dem geraden Wortlaut des Stenogramms seiner Rede der breitesten Öffentlichkeit bekanntzugeben. Was für die west- und südwestdeutsche Industrie als ein Gebot der Gerechtigkeit anerkannt ist, das muß natürlich für alle anderen Unternehmer auch gelten. Es kann daher den kriegsbeschädigten Arbeitern, wenn sie mit Lohn- und Gehaltsminderung tätig sein sollen, dringend empfohlen werden, sich mit Berufung auf das positive Augenblicksdnial des Industrievertreters Herrn Dr. Nöchling gegen eine Verschlechterung ihres Einkommens zu wenden. Nötigenfalls wäre das Anrufen der zuständigen Behörden durchaus am Platze.

**Eine kräftige Mahnung an deutsche Landwirte** hat nach der „Deutschen Tageszeitung“ der sächsische Landtagsabgeordnete Nüßlste in Reklams „Universum“ an seine Berufsgenossen gerichtet. Sie lautet:

„So bedenkt denn ihr, die es angeht, daß durch der Wucher mit Gegenständen des täglichen Bedarfs unser Volk in eine große Notlage geraten ist. Die minderbemittelten Volksgenossen leiden durch eure Schuld an Unterernährung. Für die Säuglinge ist die Milch nicht zu bezahlen. Gabt ihr euch einmal überlegt, wo ihr durch euer Verhalten der Zukunft unseres Volkes schadet, obgleich wir jedes Menschenleben notwendig brauchen? Ist das der Dank an unsere Soldaten, die seit weit über einem Jahre im Felde liegen und euch euer Hab und Gut mit ihrem Leben schützen, daß ihr schmüggler Pfennige wegen deren Familien der bittersten Not preisgebt? Ihr allein seid daran schuld, wenn die große Zeit nicht bringt, was sie bringen soll, und wenn durch Verbitterung und Unzufriedenheit unendliche nationale Werte vernichtet werden. Während jeder, der die Kraft in sich fühlt, mitbauen hilft an dem neuen Deutschland, in dem manches besser werden soll, als es bisher war, untergräbt ihr jetzt schon die Grundmauern lediglich des Profites wegen.“

Der ehrliche Mensch hat mit dem Wucherer nie etwas gemein haben wollen. Für die Ausnutzung der Notlage eines anderen sind hohe Strafen ausgesetzt, und wenn es jetzt auch nicht möglich ist, euch alle der gerechten Bestrafung zuzuführen, so sollt ihr doch wissen, daß wir euch, gleichviel welche Stellung ihr jetzt einnehmt, verachten. Ihr werdet euch sonst auch gewiß als gute Patrioten geben, euch zum Beispiel über die Munitionslieferung der Amerikaner aufregen, und doch sind diese tausendmal ehrlicher als ihr. Die treiben ihr gewiß unruhmlisches Gewerbe wenigstens offen, während ihr euch in der Art der Taschendiebe eurem eigenen Volksgenossen naht und ihm oft den letzten Pfennig nehmt. Und wenn ihr nach einem gut gelungenen Raubzug beim Glase sitzt und beim Anstoßen „Gott strafe England!“ ausruft, dann denkt daran, daß ihr noch weit „größere Gauner“ seid. Englands Nahrungungsplan ist nicht gelungen, aber ihr seid auf dem besten Wege, das zu erreichen, was den Engländern verjagt blieb.

Auch über Italien dürft ihr euch nicht entrüsten. So gemein und niederträchtig der Treubruch Italiens seinen Verbündeten gegenüber war, ihr dürft nicht darüber reden, denn ihr übertrefft selbst die Niedertracht Italiens. Seid ihr doch dem eigenen Volke in der Stunde der Gefahr in den Rücken gefallen. Die größte Gemeinheit war immer noch der Verrat am eigenen Volke, und den habt ihr begangen.

Wenn in hoffentlich nicht zu langer Zeit unsere Truppen siegreich heimkehren, dann werdet ihr euch wieder in die vorderste Reihe stellen. Leute eurer Art drängen sich gern vor, es kann ja nichts schaden, wenn man sich bei solchen Gelegenheiten zeigt. Dann soll euch euer Gewissen sagen, sofern es euch nicht inzwischen abhanden gekommen ist, daß ihr die Not

eures Vaterlandes zur Quelle unredlichen Erwerbes gemacht und dadurch Verrat an dem Heiligsten, am eigenen Vaterlande, verübt habt. Wenn ein jeder mit Genugtuung von sich sagen kann, daß auch er zu einem kleinen Teile an dem Gelingen des großen Ganges mit beigetragen hat, dann könnt ihr euch damit trösten, daß wir trotz eures Verhaltens so weit gekommen sind.

„Ihr habt euch außerhalb des deutschen Volkes gestellt. Auch der Geringste unseres Volkes hat das Recht, euch zu verachten.“

„Schämt euch!“ — —

**Briefkasten.**

G. Sch. in D. Besten Dank für die Einwendungen. Mit kleinen Abänderungen gelangen sie zum Abdruck. Gruß! G. W.

**Berichtigung.**

Frankfurt a. M. Zu dem in Nr. 5 unserer Zeitung erschienenen Artikel „Wohlthätigkeit nach innen und außen“, die Firma L. Matthias betreffend, sehen wir uns heute veranlaßt, etwas richtigzustellen. Zunächst sei bemerkt, daß die dort angeführten Mißstände von Herrn Matthias untersucht und in anerkennenswerter Weise abgestellt wurden. Der scheinige Werkführer Herr K. erhielt seine Entlassung. Nicht richtig an dem genannten Artikel war die Wendung über die Kriegsbeschädigten. Bei der Verhandlung mit dem Betriebsinhaber Herrn Matthias wurde ein Beweis für die von Arbeitern vorher aufgestellte Behauptung, die Kriegsbeschädigten wären zum Afford angehalten worden, nicht erbracht. Dagegen haben Kriegsbeschädigte manchmal Afford angeboten, weil sie glaubten, dabei mehr verdienen zu können. Wir nehmen gerne Gelegenheit, diesen Teil des Artikels richtigzustellen und bedauern sehr, daß wir in diesem Punkt von den Arbeitern falsch berichtet wurden bzw. nicht ein einziger in der Werksattlerversammlung, wo der Artikel noch vor seinem Erscheinen zur Sprache kam, dagegen etwas zu sagen wußte. Carl Höf.

**Bekanntmachung des Zentralvorstandes.**

Wir bringen hiermit in Erinnerung, daß seit dem 1. Januar 1915 Hilfsarbeiter — nicht gelernte Sattler und Portefeuller —, welche einen Wochenverdienst unter 20 Mk. haben, zu denselben Bedingungen und Rechten in den Verband eintreten können, wie unsere weiblichen Mitglieder, d. h. zum Eintrittsgeld von 25 Pf. und einem Wochenbeitrag zu 30 Pf. Desgleichen Jugenblide, die mehr als 10 Mk. die Woche verdienen. Diese Mitglieder erhalten die Unterstützung der weiblichen Mitglieder. Eine Beihilfe zu den Umzugskosten wird in dieser Klasse nicht gewährt.

**Adressenänderungen.**

Erfurt. B. A. Pohlenmann, Gispersleben bei Erfurt, Hauptstr. 9.  
Königsberg. B. Hoepfner, Klingerstraße 5.

**Anzeigen**

---

**Neue  
Mantel- und Geschirriemen**  
ca. 40000  
**Koppeln**  
ca. 8000  
schöne Waren, billig abzugeben.  
**L. Grünbaum, Nürnberg.**

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als **Spezialität**  
**Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.**  
Gegründet 1880.  
Preislisten S. P. gratis und franko.